Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kritik an Aufbauplänen aus Spanien und Portugal

Ökonomen: Zu wenige Investitionen und Reformen

hcr./hmk. MADRID/BRÜSSEL. In Spanien war es eine Punktlandung, Portugal reichte als erstes Land sogar eine Woche vor Ablauf der Frist seinen Plan in Brüssel ein. Auf der Iberischen Halbinsel wollen die Regierungen in Madrid und Lissabon keine Zeit verlieren, damit die ersten Mittel aus dem Aufbaufonds der EU so schnell wie möglich fließen können. Sie gehören zu den nur neun der 27 EU-Staaten, die die Frist einhielten, die am Freitag ablief. Auch Deutschland und Frankreich lieferten pünktlich. Italien, Österreich, Belgien und Slowenien reichten ihre Pläne immerhin nur einen Tag zu spät ein. Die EU-Kommission hatte allerdings auch schon zuvor angekündigt, dass die Frist selbst nicht so eng zu sehen sei. Qualität sei wichtiger als ein, zwei Tage.

Spanien aber braucht das Geld aus Brüssel dringend. Die Regierung erhöhte am Freitag ihre Prognose für das Haushaltsdefizit des laufenden Jahres auf 8,4 Prozent und teilte mit, dass die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 0,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresquartals lag. In Madrid hofft man, dass eine erste Tranche von 9 Milliarden Euro schon im Juli eintrifft. Insgesamt 25 Milliarden Euro sollen es in diesem Jahr sein. Spanien hat aus dem Aufbaufonds zunächst nur die 69,5 Milliarden Euro Zuschüsse beantragt, die ihm zustehen. Insgesamt kann das Land 140 Milliarden Euro abrufen – einzig Italien erhält mehr. Dazu gehören dann allerdings auch Kredite, die Spanien wieder zurückzahlen muss.

Der nationale Aufbauplan von Portugal, wo am Samstag nach fünfeinhalb Monaten der Corona-Ausnahmezustand endete, sieht Projekte von 13,9 Milliarden Euro vor. Das entspricht den Zuschüssen, die das Land aus dem Aufbaufonds erhalten soll. Ministerpräsident António Costa hob die „langfristige strategische Vision“ des Plans hervor. Wissenschaftler und Unternehmer kritisieren, dass er sich zu sehr auf die Alimentierung staatlicher Aufgaben konzentriere. „Der Plan hat einige gute Ideen, aber das Hauptproblem ist, dass er sich auf Bauprojekte und auf staatliche Dienstleistungen konzentriert“, bemängelt der Ökonom João das Neves von der Katholischen Universität Lissabon im Gespräch mit der F.A.Z. Tatsächlich werde nur sehr wenig Geld an Unternehmen weitergeleitet. „Es ist eine Wunschliste von vielen kleinen Programmen und Investitionen, die sehr wenig für wirkliches Wachstum und Entwicklung tun.“

Der Vorstandsvorsitzende von Corticeira Amorim, dem größten Korkproduzenten der Welt, sagt, dem Plan fehle es „an Maßnahmen zur Exportförderung“. Portugal müsse stärker wachsen als die europäische Konkurrenz. Die Finanzkrise habe gelehrt, dass das nur durch eine Steigerung der Ausfuhr gehe. Portugal sollte die Pandemie als Chance nutzen, um die Internationalisierung voranzutreiben, sagte António Rios Amorim der Zeitung Diário de Notícias.

In Spanien konzentriert sich die Kritik am Aufbauplan auf die vagen Reformzusagen. Die EU-Kommission hatte sie besonders mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die Renten angemahnt. Die Gespräche waren schwierig. Allein zur Arbeitsmarktreform soll es mehr als 70 Treffen zwischen Vertretern Spaniens und der EU gegeben haben. Diese Reform will die Regierung noch in diesem Jahr abschließen, während sie die Renten- und Steuerreform erst 2022 angehen will. Das liegt auch daran, dass sich die Linkskoalition, die Anfang 2020 die Regierung übernommen hat, nicht einig ist: Die Sozialisten von Ministerpräsident Pedro Sánchez weigern sich, die Arbeitsmarktreformen vollständig rückgängig zu machen, wie es die Koalitionspartner von der linksalternativen Podemos-Partei fordern. Podemos hat wiederum einen Anlauf bei der Rentenreform ausgebremst.

„Spanien braucht weitreichende, längst überfällige Strukturreformen“, sagt der Ökonom Carlos Victoria von der Wirtschaftshochschule ESADE. Eine der größten Schwächen des Plans sei, dass einige der wichtigsten Reformen sehr allgemein formuliert seien. Dazu gehört, wie die Rentenversicherung nachhaltig werden kann. Victoria wirft der Regierung zudem vor, sie sei bei Bildung und Innovation nicht ehrgeizig genug und konkret. Die Gefahr sei groß, dass man sich zu sehr auf die Infrastruktur und zu wenig auf das Humankapital konzentriere. Für das Bildungssystem sind von den beantragten Mitteln nur 1,6 Milliarden Euro vorgesehen, für die Forschung 3,8 Milliarden Euro.

Spanien zählt in der EU zu den Staaten mit dem niedrigsten Ausbildungsniveau: Mehr als ein Drittel der Beschäftigten kann keine oder nur eine niedrige Qualifikation vorweisen. Für junge Spanier erschweren prekäre befristete Arbeitsverträge den Start ins Berufsleben. Sie gehörten zu den Ersten, denen nach dem Ausbruch der Pandemie gekündigt wurde. Die Europäische Kommission hat nun zwei Monate Zeit, um zu prüfen, ob die eingereichten Pläne die Ziele des Aufbaufonds erfüllen. Es gilt aber, auch wegen der umfassenden gemeinsamen Vorbereitung durch beide Seiten, als unwahrscheinlich, dass sie die Auszahlung der Mittel ablehnt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
03.05.2021, Wirtschaft, Seite 19

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2021.
Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Archiv